

Hauptthesen des Vortrags „Wem gehört das Wasser?“

Ulrike Höfken (MdB Bündnis 90/Die Grünen)

1) Die Herausforderungen (Welt)-Ernährung und Wasser müssen gleichrangig zur Klima- und Energiepolitik behandelt werden, da diese Bereiche gemeinsam „systemrelevant“ sind.

Der Süßwasserverbrauch ist in den letzten 50 Jahren doppelt so schnell gestiegen wie das Bevölkerungswachstum. Es drohen Krisen und gewaltsame Konflikte um die Wasser-Ressourcen. Auch Teile Deutschlands und Europas sind von Wasserproblemen geprägt. Ein sicherer Zugang zu sauberem Trinkwasser für alle und zukünftig notwendige Verteilungsgerechtigkeit bei Nahrungsmitteln lassen sich nur erreichen, wenn diesen Bereichen höchste politische Priorität eingeräumt wird.

2) Die Verwirklichung des UN-Rechtes auf Trinkwasser und Sanitärversorgung, der Millenniumsziele und des Rechtes auf Nahrung sind vorrangig.

Ein einklagbares Recht auf Wasser für alle Menschen wurde mit der Resolution des UN-Menschenrechtsrates vom März 2008 noch nicht erreicht, da das explizite Recht auf Trinkwasser und Sanitärversorgung nicht enthalten ist. Dennoch wird dadurch der Druck auf alle Staaten erhöht, die Trinkwasser- und Abwasserversorgung für alle sicherzustellen. Das dreijährige Mandat zur Klärung der rechtlichen Fragen und zur Sammlung von Best-Practice-Beispielen muss zu einer grundlegenden Überprüfung der bisherigen einseitigen Fokussierung der Geber auf (Teil-)Privatisierung genutzt werden. Dazu gehört auch die Frage, ob eine Kommerzialisierung der Wasserversorgung mit einem umfassenden Recht auf Wasser vereinbar ist. Das Recht auf Nahrung und die Millenniumsziele sind sinnvolle Instrumente zur Umsetzung der Rechte auf Wasserversorgung.

3) Ohne baldige Erfolge beim Klimawandel wird sich das Problem Wassermangel besonders in Entwicklungsländern der Subtropen extrem verschärfen.

Der Regenfeldbau, mit dem zwei Drittel aller Nahrungsmittel erzeugt werden, wird durch Veränderung der Regenverteilung sowie stärkere Unregelmäßigkeit und Heftigkeit der Regenfälle massiv bedroht. Erosion nimmt zu, die Speicherung des Wassers im Boden wird erschwert. Das Abschmelzen von Gletschern (Himalaya, Kilimandscharo), die Versandung der großen Flüsse und der Anstieg des Meeresspiegels (Versalzung von Grundwasser in Küstengebieten, Probleme der Eindringens von Salzwasser in die Trink-Wassersysteme, Überflutung großer fruchtbarer Landstriche) verschlechtern massiv die Wasser- und Ernährungsversorgung.

Der Klimaschutz muss auch in der Agrarförderung entsprechend verankert werden.

4) Wasser ist unverzichtbarer Teil öffentlicher Daseinsvorsorge und bedarf klarer staatlicher Regulierung auf nationaler und internationaler Ebene.

Es ist Zielsetzung, dass die allgemeine öffentliche Trinkwasserversorgung hoheitliche Aufgabe ist und als Menschenrecht in die öffentliche Daseinsvorsorge gehört. Zu „Good Governance“ gehören klare politische Rahmengesetze zum flächendeckenden Schutz vor Wasserverschmutzung z.B. durch Industrie und Pestizide, zur Regelung der Anschlüsse, der Abwasserregelung, der Trink- und Badewasser-Qualität, des Wasserzugangs- und der Entnahme-Rechte. Auch in den WTO- bzw. GATS-Verhandlungen muss der Schutz der Wasser-Ressourcen und der Sicherung des Ernährungs- und Trinkwasserversorgungsrechte aufgenommen werden.

5) Die europäische und internationale Agrar- und Handelspolitik muss im Einklang mit den Zielen der Ernährungs- und Wasserversorgung neu ausgerichtet werden.

Die EU Agrarförderung hat in der Vergangenheit gigantische Anbauprojekte z.B. in Spanien gefördert, die ganze Regionen zu Wasser-Exportregionen gemacht hat und zu Nutzungskonflikten führt. Massentierhaltung, enorme Futtermittel-Importe und Industrialisierung der Landwirtschaft führen zu Ressourcen-Verschwendung, Ausbeutung, Hunger und Durst. Notwendig sind statt neoliberaler Marktpolitik die Beibehaltung und Stärkung regionaler Erzeugung, der mittelständischen und bäuerlichen Strukturen, die Beendigung industrieller Massentierhaltung, der Überschuss-Erzeugung wie bei der Milch und den sofortigen Stopp der Export-Subventionen. Neben dem Klimaschutz muss auch die Förderung Erneuerbarer Energien deren Folgewirkungen im Blick haben und darf ausschließlich nachhaltige Konzepte umsetzen und fördern. Der Öko-Landbau muss zum Leitbild der Förderung werden und die Umstellung und Vermarktung deutlich verbessert werden – besonders in Deutschland. Eine neue Ernährungspolitik muss Qualität und gute Ernährung in den Vordergrund stellen und deren Absatz und Marketing ebenso wie gute Schul- und Kindergarten-Ernährung und Wasserversorgung fördern.

Zur Lösung der Wasser- und Ernährungskrise müssen weltweit Armutsbekämpfung und Hilfe für die klein-bäuerliche Landwirtschaft im Mittelpunkt stehen. Eine verbesserte Trinkwasserversorgung bedeutet gleichzeitig eine wesentliche Entlastung von Frauen und Mädchen, die Voraussetzung für wesentliche Entwicklungsfortschritte ist.

6) Privatisierung und Public-Private-Partnerships (PPPs) haben entwicklungspolitische Ziele verfehlt, die Nachteile überwiegen, Alternativen werden ignoriert

Die Argumente zur Privatisierung waren:

Um den hohen Investitionsbedarf bei der Trinkwasserversorgung (über 100 Mrd. US-Dollar weltweit) in finanzschwachen Entwicklungsländern (EWL) zu decken, reichen öffentliche Mittel nicht aus, privates Kapital wird gebraucht.

Private Anbieter arbeiten effizient, bringen Know-How bei Technik und Management und können den Ausbau der Versorgung auch für Arme beschleunigen, da öffentliche Versorger wegen Missmanagement und Korruption bei dieser Aufgabe versagt haben.

Aber in der Umsetzung zeigen sich erhebliche Probleme und Fehlentwicklungen, die die entwicklungspolitischen Ziele konterkarieren:

- Über 90 % der weltweiten Wasserversorgung sind noch in öffentlicher Hand – es muss daher gute Alternativen zur Privatisierung geben. Bei einer Ausblendung des öffentlichen Sektors können die Versorgungsprobleme nicht schnell und umfassend

gelöst werden.

- Der angeblich hohe Investitionsbedarf von über 100 Mrd. US-Dollar ist künstlich aufgebläht (Großstaudämme, hohes Technik- und Serviceniveau), um die Privatisierung alternativlos erscheinen zu lassen.
- Es gibt keine empirischen Belege für die behauptete höhere Effizienz und Leistungsfähigkeit privater Versorger. Privatisierungen und PPPs sind u.a. durch hohe Beratungs- und Managementgebühren, die Übernahme von Währungs- und Kreditrisiken sowie von Garantien für Mindestrenditen für die öffentliche Hand sehr teuer – ohne belegbaren Gegennutzen.
- Die Mobilisierung von Kapital war bei allen Formen von Privatisierungen und PPPs gering; auch die Investitionen in die Wasserinfrastruktur haben in der Regel nicht zugenommen
- Zahlreiche Privatisierungen sind gescheitert und/oder haben keine quantitative und qualitative Verbesserung der Versorgung gebracht, nicht selten sogar das Gegenteil.
- Die Wassergebühren steigen in fast allen Privatisierungsfällen drastisch an und die Versorgung von Menschen, welche die Gebühren nicht zahlen können, wird eingestellt.
- In 75 % der Privatisierungsfälle kommt es zu Neuverhandlungen der Verträge, die oft zur Absenkung der Verpflichtungen für den Versorger führen. Die staatlichen Regulierungsbehörden sind häufig zu schwach, um Sanktionen gegenüber privaten Versorgern bei Nichteinhaltung von Verpflichtungen durchzusetzen.
- Projektevaluationen durch die Geber (Weltbank, BMZ) haben keinen wirksamen Beitrag zur Armutsbekämpfung durch Wasserprojekte mit Privatisierung / PPPs bzw. mangelnde Armutsorientierung der Projekte festgestellt.
- Der ländliche Raum und periphere Stadtgebiete (Slums) werden nach Privatisierungen (weiter) vernachlässigt; damit bleiben die wichtigsten Zielgruppen weiterhin unversorgt.
- Die Vorgabe der Kostendeckung steht dem Ziel der Armutsbekämpfung entgegen, da Arme kein Geld (neben Kosten für Nahrung, Energie, Schule, Gesundheit etc.) für Wasser aufbringen können oder dies zu Lasten dieser anderen wichtigen Bedürfnisse geht.
- Kommerzialisierung des Wassers führt zu negativen Entwicklungen (Flaschenabfüllung für Verkauf zu stark überhöhten Preisen, Cash Crops statt Grundnahrungsmittel)

Die Folge: Das Wasser fließt dahin, wo das Geld ist.

7) Alternative nichtkommerzielle Strategien zur Ausweitung der Wasserversorgung: Aufbau und Reform des Öffentlichen Sektors

- Nicht öffentliche Versorgung an sich ist das Problem, sondern deren Strukturen und Organisation müssen reformiert werden. Demokratische / öffentliche Kontrolle der Wasserversorger und Beteiligung der Bevölkerung und gemeinnütziger lokaler Nichtregierungsorganisationen sind dabei zentral, um Korruption und Missmanagement wirkungsvoll zu bekämpfen. Regulierungs- und Sanktionsmöglichkeiten gegenüber dem Versorger müssen in jedem Fall deutlich gestärkt werden. Zum Erreichen dieser Ziele sind Modelle wie Bürgerhaushalte (Beispiel Porto Alegre), kommunale Wasserräte und Kooperationen zwischen öffentlichen Versorgern (z.B. Public-Public-Partnerships)

mögliche Wege.

8) Geberinstitutionen dürfen Entwicklungshilfe nicht auf Privatisierung und PPPs fixieren

- Kreditvergabe und Entwicklungshilfe sind in der Regel direkt oder indirekt an Bedingungen zur Öffnung des Wassersektors / Beteiligung von Privaten geknüpft, über GATS-Verhandlungen erzwingt die EU die Marktöffnung auch bei der Wasserversorgung.
- Nichtkommerzielle / öffentliche Modelle und Projekte im Bereich Wasser erhalten kaum noch Kredite und Entwicklungshilfegelder und werden bei der Programmausrichtung ignoriert.
- Da bei Privatisierungen und PPP-Projekten in der Regel der Löwenanteil aus öffentlichen Mitteln bzw. von öffentlichen Gebern kommt, fließt ein wachsender Anteil der Entwicklungsgelder als Subvention direkt an Unternehmen. Neben der Übernahme von Risiken werden sogar Garantien für Mindestrenditen gegeben („output-based aid“).
- Die Ziele / Normen der Entwicklungshilfe (Vorrang für Ernährungssicherung, Fokus auf Armutsbekämpfung, Ausweitung der Versorgung, Mitteleffizienz, Förderung des effizienten Wassereinsatzes und Wassersparens) stehen im Widerspruch zu den Geschäftsinteressen der Wasserkonzerne, Agrarindustrie, Großgrundbesitzern und dem Ziel der Wirtschaftsförderung für Unternehmen in den Geberländern.

9) Mit Wasser muss sparsamer und sorgfältiger umgegangen werden – nachhaltig und angepasste Technologien sind nötig

- Das gilt besonders für die Landwirtschaft mit ca. 70 % Anteil am Verbrauch. Die Herausforderung ist „More crop per drop“ durch nachhaltige Anbaumethoden. Technisch einfache und kostengünstige Ansätze (Tretpumpen, Tröpfchenbewässerung, Terrassenanlegung, Aufforstung und einfache Wasserspeichersysteme etc.) eine nachhaltige und bodenschonende Landwirtschaft sind Mittel der Wahl; da riskante Großprojekte (Mega-Staudämme) an den Problemen der armen Bevölkerung und des Ressourcenschutzes oft vorbeigehen.
- Die Industrie verspricht mit Agro-Gentechnik und neuen Wunderpflanzen die Lösung der Probleme, dagegen verschärfen sich in der Realität die Probleme der Verunreinigung, der verstärkten Pestizid-Einsätze und der Kontamination des Wassers z.B. bei der verbreiteten Round-Up-Ready-Soja.
- Forschung und Entwicklung sind zu verbessern – statt für Agro-Gentechnik brauchen wir Milliarden für Bodenschutz, robuste Tiere und Pflanzen und nachhaltige Bewirtschaftungssysteme in Landwirtschaft, Forst, Fischerei und Agrar-Energie-Erzeugung.

10) Nachhaltigkeits-Siegel: Der virtuelle Wasserverbrauch muss dem Konsumenten deutlich gemacht werden.

- Die verpflichtende Kennzeichnung des virtuellen Wasserverbrauchs von Produkten im Rahmen eines Nachhaltigkeits Siegels kann deutlich zu einem wasserbewussteren Konsum beitragen.